

## **Einleitung**

Seit dem 24. März 1999 führt Deutschland wieder Krieg. Einen Krieg, der mit der Losung NIE WIEDER AUSCHWITZ legitimiert wird: Deutschland kämpft im Rahmen der Nato gegen die »Diktatoren« und »Völkermörder«. So dokumentiert Deutschland, das es geläutert ist und auf der Einhaltung der Menschenrechte pocht. Es war einer rotgrünen Bundesregierung vorbehalten, die letzten als Fesseln empfundenen Beschränkungen aufzuheben, die einen deutschen Angriffskrieg auf Länder, die unter der deutschen Besatzung litten, undenkbar schienen ließen. Eine Bundesregierung, die wie ihre Vorgängerinnen nicht willens ist, alle NS-Opfer zu entschädigen, beansprucht das Definitionsrecht darüber, was Auschwitz gewesen ist und was heute »Auschwitz« sein soll.

Wie geläutert dieses Deutschland ist und was man hier aus der Vergangenheit gelernt hat, zeigt sich nicht zuletzt am Umgang der rotgrünen Bundesregierung, der deutschen Unternehmen und der deutschen Justiz mit den Forderungen der Überlebenden der Nazizwangsarbeit nach finanzieller Entschädigung. Die Bundesregierung weigerte sich, mit den Organisationen der Überlebenden in Deutschland auch nur zu reden; die deutschen Unternehmen wollen sich mit Almosen Expansionschancen auf den internationalen Märkten sichern; die deutsche Justiz handelt in diesem Sinne.

Im April 1999 wandten sich 14 Überlebende der Shoah in einem offenen Brief an Außenminister Fischer und Verteidigungsminister Scharping: ZITAT »Wir Überlebenden von Auschwitz und anderen Massenvernichtungslagern verurteilen den Mißbrauch, den Sie und andere Politiker mit den Toten von Auschwitz, mit dem von Hitlerfaschisten im Namen der deutschen Herrenmenschen vorbereiteten und begangenen Völkermord an Juden, Sinti und Roma und Slawen betreiben. Was Sie tun, ist eine aus Argumentationsnot für ihre verhängnisvolle Politik geborene Verharmlosung des in der bisherigen Menschheitsgeschichte einmaligen Verbrechens.« ZITAT ENDE Sie forderten die sofortige Einstellung der Bombardements und verurteilten, dass zugunsten des Auftrages NIE WIEDER AUSCHWITZ die Forderung NIE WIEDER KRIEG für obsolet erklärt wurde.

Das bundesweite **Bündnis gegen IG Farben** setzt sich seit über zehn Jahren dafür ein, dass die Nachfolgesellschaft des während des letzten deutschen Krieges weltweit größten Konzerns aufgelöst wird und alle NS-Opfer finanziell entschädigt werden. In der Geschichte der »IG Farbenindustrie in Abwicklung AG« (IG Farben) präsentiert sich westdeutsche Nachkriegsgeschichte wie im Brennglas. Ihre Existenz verdankt die IG Farben- Abwicklungsgesellschaft bis heute dem weitgehend erfolgreichen Versuch, die enge Zusammenarbeit der deutschen Unternehmen mit dem nationalsozialistischen deutschen Staat zu tabuisieren – seit ihrer Gründung 1954 führt sie einen Kleinkrieg gegen die Überlebenden um jede Mark. Nach 1989 gab es auch für die Nachfolger eines Konzerns, ohne den der zweite Weltkrieg nicht möglich gewesen wäre, offensichtlich keine Beschränkungen mehr. Seit der deutschen Vereinigung versuchte IG Farben mehrmals, aber bislang erfolglos, enteignete Besitzungen zurückzubekommen.

In der Zeit nach dem Regierungswechsel hat sich die Ausgangsposition der Arbeit des Bündnisses vollkommen verändert: Während Deutschland mit der Begründung, aus der Vergangenheit gelernt zu haben, wieder Krieg führt, geht der Kleinkrieg gegen die Überlebenden der Nazi- Verbrechen unvermindert weiter. Während wieder deutsche Bomben auf Belgrad fielen, wurde ausgerechnet für den 1. September 1999, den 60. Jahrestag des Überfalls der deutschen Wehrmacht auf Polen, die Gründung des Fonds der deutschen Unternehmen angekündigt. Damit wollten sich diese mit finanziellen Abfindungen Rechtssicherheit gegen

Klagen von Überlebenden erkaufen, es sollte endgültig ein Schlußstrich unter die deutschen Verbrechen gezogen werden. Dieses Projekt dient nach wie vor in keiner Weise dazu, den Forderungen der Überlebenden in angemessener Form gerecht zu werden.

Folglich ging es in unserem Protest nicht mehr darum, für die Forderungen der Überlebenden überhaupt eine Öffentlichkeit zu schaffen, sondern darum, die Erpressung der Überlebenden mit ihrem hohen Alter und ihrer oft elenden sozialen Lage zu verhindern; es ging nicht mehr nur darum, die Wahrheit der Nazi- Verbrechen öffentlich zu machen, sondern darum, die Instrumentalisierung dieser Verbrechen für deutsche Großmachtambitionen zu kritisieren.

Über die Folgen der militärischen Versöhnung mit der deutschen Vergangenheit wollten wir am 2. und 3. Juli 1999 auf der Konferenz Deutschland: wiedergutmacht in Berlin diskutieren, denn die Ausgangsbedingungen einer dem Antifaschismus verpflichteten Kritik der deutschen »Normalisierung« haben sich grundlegend verändert.

Deutschland wiedergutmacht, der Titel unserer Konferenz meinte das: Die Wiedergutmachung Deutschlands mittels der bloßen Behauptung, aus der Vergangenheit gelernt zu haben, den Abschluß der Entschädigungsdebatte durch die Vergabe von Almosen, die Trivialisierung von Auschwitz durch die militärische Versöhnung mit der Vergangenheit.

## **Entschädigung**

Die Entschädigungsregelungen der 1950er und 1960er Jahre waren Manifestationen einer Kontinuität zwischen dem NS und dem „neuen Deutschland“ Anstelle von Solidarität mit den Überlebenden gab es für sie nur den Haß der gedemütigten Volksgemeinschaft. Bis auf wenige AntifaschistInnen übte man in der BRD Solidarität nur mit den sog. Heimatvertriebenen oder „den unterdrückten Menschen in der Sowjetischen Besatzungszone“. Das im Juni 1956 vom deutschen Bundestag beschlossene Bundesentschädigungsgesetz war die weichenstellende Regelung zur „Entschädigung“. Das Gesetz war so konzipiert, dass es Ämtern und Gerichten ermöglichte, unter allen möglichen Vorwänden Anträge auf Entschädigung abzulehnen oder zu verschleppen. Von den Opfern verlangte man Unzumutbares. Von einem 17-jährigen Mädchen, welches als einzige ihrer Familie Auschwitz überlebt hatte, wurde verlangt, mindestens zwei Zeugen anzuführen, die die Lagerhaft der damals Siebenjährigen bestätigen sollten; ein Mann, der lange in Schutzhaft war, wurde aufgefordert, die Namen der Gefängnisbeamten zu ermitteln usw. usf. Weigerten sich die Opfer solchen Aufforderungen nachzukommen, oder konnten sie Verlangtes nicht erbringen, wurden ihre Anträge abgelehnt. So ergab sich ein Muster, das bis heute Bestand hat: Im Land der Täter, vor Tribunalen der Täter müssen die der Vernichtung Entronnenen Beweise dafür liefern, dass sie auch wirklich entronnen sind, und wer die Täter sind. So zeugt dieses Procedere von dem Verhältnis der Deutschen zu den Überlebenden: auf der einen Seite bedauerte man nicht, was man ihnen angetan hatte, auf der anderen Seite unterstellte man ihnen pauschal, sie seien Betrüger. Diese Verzögerungstaktik kam für die älteren Verfolgten einer Ablehnung gleich. Viele starben während der Bearbeitung ihrer Anträge.

Die Präambel des Gesetzes ging in ihrem moralischen Anspruch zwar über die Verfasstheit der Gesellschaft hinaus, verfolgte jedoch schon damals kein anderes Ziel als die Rehabilitation der deutschen Nation. ZITAT: „In Anerkennung der Tatsache, daß Personen, die aus Gründen politischer Gegnerschaft gegen

den Nationalsozialismus oder aus Gründen der Rasse, des Glaubens oder der Weltanschauung unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft verfolgt worden sind, Unrecht geschehen ist, hat der Bundestag folgendes Gesetz beschlossen.“ ZITAT ENDE Das war alles, was sich das „Gewissen der Nation“ abringen konnte, birgt aber schon viel von dem in sich, was auch heute an Auschwitzrelativierung zu Tage tritt. Den Verfolgten, den Ermordeten war Unrecht geschehen, mehr nicht. Unrecht, wie es eben so oft und mannigfaltig in der Welt geschieht.

Ausgeschlossen waren laut diesem Gesetz diejenigen, die im Ausland von den deutschen und ihren Helfernationen aufgesucht wurden und da sie in ihren Heimatländern geblieben waren, nicht die im Bundesentschädigungsgesetz vorgesehenen Wohnsitzvoraussetzungen erfüllten. Alle belgischen, französischen, holländischen, dänischen, norwegischen, griechischen, jugoslawischen, italienischen, polnischen, tschechischen, rumänischen und russischen Juden und Jüdinnen. Die Angehörigen der Widerstandsbewegungen der jeweiligen Ländern. Insbesondere russische Kriegsgefangene, welche als sog. Untermenschen auch Opfer der NS-Vernichtungspolitik wurden. Desweiteren die Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiteinnen allgemein, die Zwangssterilisierten, die sog. Gemeinschaftsfremden, Opfer der Wehrmachtsjustiz, die Kommunistinnen und Kommunisten, die Sinti und Roma sowie Schwule und Lesben. Die meisten Kämpfe, die ehemalige ZwangsarbeiterInnen gegen deutsche Unternehmen führten, endeten mit der erneuten Demütigung der KlägerInnen. IG Farben selbst führt bis heute einen zähen Kampf um jede Mark. Die Geschichte der Entschädigungsdebatte in Westdeutschland liest sich so wie eine lange Variation des Themas „postnazistischer, deutscher Seelenhaushalt“ mal auftrumpfend, mal weinerlich, mal aggressiv und paranoid, in einem glich sich die Psyche der Deutschen immer: sie war stets gnadenlos.

Erst in den neunziger Jahren kam wieder Bewegung in die Debatte um Entschädigung. Der Druck aus dem Ausland wurde stärker und es kamen immer mehr Klagen vor allem osteuropäischer Zwangsarbeiter auf deutsche Unternehmen zu. Es gelang Deutschland trotzdem weiterhin nicht zu entschädigen. Diese Situation änderte sich ab 1997 mit den Sammelklagen von Überlebenden gegen schweizerische Banken und deutsche Unternehmen. Als die schweizerischen Banken ihre Kompromißbereitschaft bekundeten, war in Deutschland klar, dass die Auseinandersetzung mit den Überlebenden des Holocaust unter gegebenen Umständen nicht mehr ohne bedeutende finanzielle Zahlungen niederzulegen seien.

Seit August 1999 hat auch die IG Farben i.A. einen der derzeit so in Mode gekommenen Entschädigungsfonds. Liquidator Volker Pollehn gab sich geschichtsbewusst: „Niemand - am allerwenigsten das Restvermögen von IG Farben - kann sich seiner historischen Verantwortung entziehen. Ob es uns gefällt oder nicht: IG Farben ist und bleibt das Negativsymbol schlechthin für die Zusammenarbeit der deutschen Industrie mit den Nationalsozialisten.“ Damit sind nun auch die IG-Farben- Überlebenden Gegenstand der Versöhnungsbereitschaft der deutschen Industrie. Mit der scheinbaren Rückbindung an die Verbrechen der Deutschen, die zugleich eine weitere Entwürdigung der seit Jahrzehnten um Entschädigung kämpfenden Überlebenden zu Almosenempfänger/innen bedeutet, hat IG Farben die Zeichen der Zeit erkannt.

Spätestens mit dem Postulat der sogenannten Berliner Republik und dem Regierungsantritt von Rotgrün wurde die jahrzehntelange aggressive Haltung gegenüber den Überlebenden scheinbar von einem Eingehen auf Entschädigungsforderungen abgelöst. Dies geschieht jedoch keineswegs im Bewußtsein der deutschen Verbrechen, geschweige denn aus Achtung vor den Überlebenden und ihren Forderungen, sondern, wie Bundeskanzler Schröder dekretierte, zum Schutz der deutschen Wirtschaft.

Die deutsche Grundhaltung seit 1945, dass es keine Rechtsansprüche der Opfer auf Entschädigung geben darf und dass die Täter und Täterinnen beziehungsweise ihre Erben entscheiden, wer wieviel Entschädigung bekommt, bleibt unverändert bestehen. Die neue Qualität der Entschädigungsdebatte unter Rotgrün manifestiert sich in der Dreistigkeit, mit der Almosen als Entschädigungszahlungen verkauft werden. Die Überlebenden spielen in der Initiative der Bundesregierung und der Unternehmen zur Gründung eines Fonds keine Rolle. Ziel dieser Initiative ist nicht Entschädigung für die Opfer, sondern die endgültige Erledigung jedes Verweises auf die Mittäterschaft deutscher Unternehmen am Nationalsozialismus. Mit der lächerlichen finanziellen Ausstattung des Fonds sollen neben der Entschädigung für Zwangsarbeit möglichst ohne größere öffentliche Diskussion etwaige Ansprüche aus „Arisierungen“, Unterschlagungen, medizinischen Experimenten sowie Plünderungen in den von Deutschland besetzten Ländern u.ä. ein für alle Mal abgegolten werden. In der geforderten Rechtssicherheit deutscher Unternehmen wird der Umgang mit den Opfern ein weiteres Mal deutlich: ihnen sollen jegliche individuellen Rechtsansprüche abgesprochen werden.

Wer sich jedoch angesichts einer solchen Politik der Entrechtung und Nichtbeachtung der Opfer Empörungstürme der noch nicht in die offizielle Staatspolitik eingebundenen Linken erwartet, übersieht die Geschichte des Umgangs der Linken mit der deutschen Vernichtungspolitik und ihren Opfern.

## **Das Versagen der Linken**

Nach 1945 standen die NS- Verfolgten in ihrem Kampf um Anerkennung und Entschädigung und gegen die Rehabilitierung der Täter in der deutschen Gesellschaft allein. Mit dem Auschwitz- Prozess in Frankfurt in den sechziger Jahren begann eine Auseinandersetzung mit der Vergangenheit, die schon damals keinen anderen Zweck verfolgte, als den Unterschied zwischen der demokratischen BRD und dem NS-Staat zu dokumentieren. Die 68er Bewegung markierte in diesem Prozeß einen Einschnitt – anstatt jedoch das Besondere am Nationalsozialismus herauszuarbeiten, verallgemeinerte man den europäischen Faschismus und machte so die Vernichtung der europäischen Juden ein weiteres Mal unsichtbar. Ende der siebziger, Anfang der achtziger Jahre setzte ein Prozeß ein, der die Opfer nicht länger unsichtbar machte, sondern sie in die kollektive Erinnerung einbezog. Nicht trotz, sondern wegen Auschwitz sollte die BRD auch im internationalen Rahmen wieder eine größere Rolle spielen. Die achtziger Jahre wurden zum goldenen Jahrzehnt der „Erinnerungsarbeit“, jener spezifisch deutschen Form, sich die geschichtlichen Tatsachen solange vor Augen zu führen, bis sie jeden Sinns enthoben sind.

Mehr und mehr emanzipierte sich diese „Erinnerungsarbeit“ vom Antifaschismus, von der Losung „Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg“, und entwickelte sich zu einer unverbindlichen humanistischen Botschaft, die – im Nachhinein betrachtet – der nächste Schritt war, dem Antifaschismus die Definitionsmacht über die Konsequenzen aus dem deutschen Faschismus zu entziehen und diesem eine eigene Definition entgegenzustellen. Herausgekommen ist dabei, daß alle irgendwie viel mitgemacht haben und irgendwie Opfer sind.

An dieser humanitären Verwässerung des Antifaschismus waren nicht zuletzt die Antifaschist/inn/en selbst schuld. Hatten sie doch zum einen selbst im Zusammenhang mit der Bombardierung deutscher Städte jahrzehntelang NS-Propagandalügen nachgebetet und zum anderen die deutsche Bevölkerung von jeder Verantwortung für die NS-Verbrechen freigesprochen. Gerade in den achtziger Jahren, die von der

Friedensbewegung gekennzeichnet waren, wurde der Zusammenhang von deutschem Krieg und deutschem Faschismus zugunsten einer pazifistischen Kriegsgegnerschaft in den Hintergrund gedrängt, die zwar an sich ehrenwert ist, aber der deutschen Friedensbewegung die Relativierung von Auschwitz in Propagandaformeln wie der vom „atomaren Holocaust“ erst ermöglicht hat.

Bitburg war der Kulminationspunkt des Versagens der deutschen Linken, der Umdeutung der deutschen Geschichte zugunsten der Täter ernsthaften Widerstand entgegenzusetzen. 1985 reichten sich Kohl und Reagan über den Gräbern von Waffen-SS-Soldaten die Hände und fuhren anschließend nach Bergen-Belsen, um dort der NS-Opfer zu gedenken. Damals schrieb der US-amerikanische Soziologe Postone in einem „Brief an die westdeutsche Linke“: „Wieso gab es keine großen Demonstrationen? (...) Daß so viele auf der Linken die ganze Angelegenheit offenkundig als zweitrangige Störung betrachteten, als ein Stück Show-Business ohne politische Bedeutung, bringt ein Maß von Blindheit zum Ausdruck, das seinerseits nur bestätigt, wie weitgehend die fundamentale Verdrängung im Kern des nachkriegsdeutschen sozialen Bewußtseins die Gegenwart durchdrungen hat und an eine neue Generation übertragen worden ist.“

Aber weder die rassistische Pogromwelle nach 1990, noch die Umgestaltung der Neuen Wache 1993 oder die diversen kleinen und großen Skandale im Zusammenhang mit der Entschädigung von Überlebenden der deutschen Verbrechen, weder der 8. Mai 1995 noch die diversen Geschichtsdebatten der letzten Jahre hinderten die Linke daran, an den politischen Mustern fest zu halten, die aus Bitburg ihr eigentliches Versagen machten.

Auch zu den wesentlichen Diskussionen im Rahmen deutscher Vergangenheitsbewältigung im ersten Jahr der rotgrünen Regierung war die Reaktion Schweigen. Im Zusammenhang mit der Friedenspreis-Rede Martin Walsers wurde die Ignoranz der deutschen Linken gegenüber den Opfern der NS-Vernichtungspolitik so deutlich wie nur selten zuvor. Eine Auseinandersetzung mit Walsers Rede, dem Gründungsdokument der Berliner Republik, war offensichtlich dem Teil der Linken nicht zuzumuten, der sich von dem Regierungswechsel Hoffnung auf eine Verbesserung der Bedingungen für außerparlamentarische Opposition gemacht hat. Die Aussicht auf den Übergang Deutschlands in eine zivilgesellschaftliche Normalität rückte die notwendige Kritik an dieser Normalisierung und der damit einhergehenden Diskriminierung der Opfer des deutschen Faschismus in den Hintergrund.

## **Die militärische Versöhnung mit der deutschen Vergangenheit**

Der Kosovo-Krieg war ein weiterer Einschnitt. Die ehemaligen Bündnispartner aus den Reihen des „bürgerlichen Antifaschismus“ waren nun in der Regierung, die deutsche Linke zog in den Krieg. An den Nebenkriegsschauplätzen wurde über mögliche Beweggründe des NATO-Einsatzes diskutiert, in alter Tradition vermutete man eine imperialistische Intervention zugunsten der Erschließung neuer Zugangswege zu Chrom und Blei oder schärfte die Waffen der Kritik an den Opfern der Intervention. Die Kritik an der militärischen Versöhnung mit der deutschen Vergangenheit blieb aus.

Dabei erhält diese Bewältigung der deutschen Vergangenheit gerade mit den Linken an der Macht eine neue Qualität. Der Mythos der 68er gegen die Generation der Täter und Täterinnen und die Kontinuitäten zwischen dem nationalsozialistischen Deutschland und der bundesrepublikanischen Nachkriegsgesellschaft gekämpft zu haben, erleichtert es ihnen, ihre eigene Form des Schlußstrichs unter die deutschen Verbrechen zu ziehen. Diejenigen, die sich in ihrer eigenen Biografie mit Auschwitz nur am Rande beschäftigt haben, berufen

sich darauf gelernt zu haben, was „Nie wieder Auschwitz“ heißt. Ihre Geschichte als deutsche Linke soll ihnen das Recht geben, zu definieren, was Auschwitz ist.

Die Schreckensszenarien von Konzentrationslager-Scharping fanden ihren direkten Niederschlag in der mit aller Vehemenz geführten Debatte um die „Vertreibungspolitik serbischer Nationalisten“. Das antiserbische Ressentiments war in der neuen deutschen Friedensbewegung genauso virulent wie in der bürgerlichen Presse. Statt Solidarität mit den Opfern deutscher Aggression zu üben, wurde der Antinationalismus, z.B. auf autonomen Demonstrationen in Form von antiserbischer Blockbildung, treffsicher neu entdeckt.

Die Kritik an diesem Krieg blieb in ihrer deutlichsten und wirksamsten Form einigen wenigen überlassen, die auf Unterstützung oder gar Solidarität seitens der deutschen Linken noch nie vertrauen konnten: Überlebenden der deutschen Vernichtungspolitik. Die neue deutsche Friedensbewegung nahm diesen historisch begründeten Blick auf die deutsche Rolle nicht zum Anlaß politische Analysen oder Handlungsformen zu überdenken.

Die zwischen Ignoranz und Affirmation schwankende Reaktion auf die Formierung einer aggressiven deutschen Außenpolitik durch Rotgrün, das kritiklose Hinnehmen der Umdeutung antifaschistischer Begriffe und die fehlende Unterstützung ehemaliger NS-Verfolgter in ihrem Kampf um Entschädigung schlug sich auch in der weitgehenden Nichtbeachtung des eingangs zitierten Briefes der Überlebenden durch die deutsche Linke nieder.

Für uns als bundesweites Bündnis gegen die IG Farben war dieser Brief eine Aufforderung, die öffentliche Auseinandersetzung über diese neue Art der Auschwitzlüge zu führen. Die Zusammenarbeit und Solidarität mit den Überlebenden ist der gemeinsame Ausgangspunkt der Arbeit des Bündnisses. Solidarität bedeutet für uns, sich mit dem Standpunkt der Überlebenden auseinanderzusetzen und eine eigene Haltung zu dieser Gesellschaft zu entwickeln. Zu einer Gesellschaft, die vor 1945 die deutschen Verbrechen vorbereitet, getragen und ausgeführt hat und die nach 1945 als Bundesrepublik zu diesen Verbrechen. In der Zwischenzeit schweigt man im nun wiedervereinigten Deutschland nicht mehr, sondern mißbraucht die Ermordeten von Auschwitz, um einen Krieg zu legitimieren, wie es in dem Brief der Überlebenden benannt wird.

Einer größeren Öffentlichkeit konnte der Brief überhaupt erst als Anzeige in der Frankfurter Rundschau zugänglich gemacht werden. Dabei setzt sich ihr Brief nur mit dem rein funktionalen Gehalt der Relativierung von Auschwitz auseinander. Das Stichwort der Argumentationsnot, auf die die Überlebenden den Auschwitzvergleich von Fischer und Scharping zurückführten, trifft nur den bewußten Anteil, die Seite der Intrige, der geplanten Aktion, der bewußt eingesetzten Propaganda. Diese Argumentationsnot der Fischers und Scharpings hat aber einen sehr speziellen Charakter, wie er der Kriegführung der Erben des Dritten Reichs zukommt. Wenn Fischer und Scharping und die deutschen Journalisten von der taz bis zur FAZ ununterbrochen davon gesprochen haben, daß die serbische Sonderpolizei die SS und Milosevic Hitler sei und im Kosovo der Holocaust stattfindet, so war dies nur zum Teil eine bewußte Argumentationsstrategie - also reine Propagandamaßnahme und psychologische Kriegführung. Wenn die deutsche Bild-Zeitung oder die österreichische Kronen Zeitung von Hitler, Auschwitz, der SS und dem Holocaust sprechen, ist es etwas anderes, als wenn Clinton, Blair und Le Monde dies tun: Die Kriegsbefürworter in der deutschen Politik und die sich ebenfalls als kriegsfähig erwiesene deutsche Presse verwies - nicht nur psychologisch kriegführend - auf Ressentiments der Deutschen und Österreicher, sie waren selber bestimmt davon.

Anknüpfend an das tradierte antiserbische Ressentiment bekämpfte Deutschland auf dem Balkan seine eigene Vergangenheit und trat selbst wieder als kriegführende Macht in Aktion. In diesem Sinne findet eine sich

geläutert gebende deutsche Kriegführung in der Konsequenz wieder zurück zu altbekannten Mustern. Deutlich wird dies anhand der Situation der Roma: Vor dem Krieg waren sie im Kosovo zwar diskriminiert und manchmal schikaniert, aber immer geduldet. Um ihr Leben müssen sie erst fürchten, seit mit Hilfe deutscher Tornos im Kosovo das Selbstbestimmungsrecht der Völker durchgesetzt wurde. – beinahe alle vordem im Kosovo lebenden Roma, etwa 150.000, sind geflohen, viele wurden ermordet, das nach dem gelungenen Versuch das Selbstbestimmungsrecht eines Volkes, nämlich dem der Kosovaren.

Der ideologische Gehalt des deutschen Angriffskriegs folgt so einer Rhetorik, die Deutschland an die Verbrechen rückbindet und zugleich davon abtrennt. Zum einen wird die Verantwortung aus den deutschen Verbrechen hergeleitet, zum anderen der Zusammenhang zwischen diesen Verbrechen und der eigenen antisemitischen und rassistischen Politik der Nachkriegsgeschichte negiert.

Auschwitz wurde im Verlauf der Diskussion um den Krieg gegen Jugoslawien als Metapher für Gewalt und Kriegsverbrechen beliebig einsetzbar und damit zur Verhandlungssache. Indem vom konkreten Ort des Verbrechens abstrahiert wird, verliert dieses auch den Bezug zu Deutschland. Der Antisemitismus wird mit der Verlagerung von Auschwitz an einen beliebigen Krisenherd genauso negiert, wie die deutsche Volksgemeinschaft unangetastet bleibt.

Die systematische Ermordung der europäischen Juden und Jüdinnen, der Sinti und Roma und der Slawinnen und Slawen wird zur Vertreibung undefiniert. Im analogiegeladenen deutschen Blick wird alles gleich: Milosevic ist Hitler, das Kosovo das Auschwitz von heute, die Kosovo-Albaner sind mal die Verfolgten des Nationalsozialismus und mal die Deutschen, Deutschland entspricht dann den Alliierten. Die Grenze zwischen Opfern und Tätern wird so verwischt und Auschwitz soll zum Verbrechen anderer werden.

Der Krieg und gerade die militärische Überwindung der deutschen Vergangenheit haben innen- und außenpolitisch einen starken Machtzuwachs Deutschlands bewirkt. Deutschland ist in seinem Bemühen, eine „normale“ selbstbewußte Nation zu sein, einen großen Schritt weiter. Die unzähligen Übergriffe auf jüdische Friedhöfe, das ungetrübte Feiern des 9. Novembers als Tag der nationalen Befreiung von der Geißel des Kommunismus und die fortgesetzten „ethnischen Säuberungen“ vor allem in Ostdeutschland sind Ausdruck der Normalität der Berliner Republik und das Resultat der Befreiung der Deutschen von Auschwitz.

### **Antisemitismus ist deutsche „Normalität“**

Die Feierlichkeiten zur deutschen Einheit am 3. Oktober boten den Rahmen für die Zerstörung von 103 Grabsteinen auf dem Jüdischen Friedhof Weißensee und antisemitische Angriffe auf das Mahnmal auf der Putlitzbrücke in Moabit und die Brecht-Statue in Mitte. Gleich nach dem Bekanntwerden der Vorfälle setzte der in Deutschland zur Genüge bekannte Reflex ein, sofort zur Verharmlosung der Tat und zur Negierung der Dimension antisemitischer Gewalt überzugehen. Die Spekulation über die möglichen Urheber der Taten und deren Motivation, so geschehen in der Taz bis hin zum Innensenator, hat keine andere Funktion als die Leugnung der ungebrochenen Kontinuität des Antisemitismus in Deutschland seit 45.

Allein der Blick auf die lange Reihe antisemitischer Angriffe in Berlin führt die immer wieder dargebrachten Thesen von Einzeltäterschaft und „blindem Vandalismus“ orientierungsloser Jugendlicher ad absurdum. Mitte September 1997 – Verwüstung des Jüdischen Friedhofs in der Schönhauser Allee, November 1997 – Zerstörung von Grabsteinen auf dem Jüdischen Friedhof Weißensee, Sylvester 1997, Februar und Mai

1998 – Anschläge auf den Gedenkstein in der Großen Hamburger Straße, September und Dezember 1998 – Sprengstoffattentate auf das Grab von Heinz Galinsky, Oktober 1999 – Anschläge auf den Jüdischen Friedhof Weißensee, das Mahnmal an der Putzbrücke und das Brecht- Denkmal.

Ein weiterer antisemitisch motivierter Überfall in Berlin war der Angriff auf das Lager eines Steinmetzes Ende November 1999. Der Steinmetz hatte nach der Verwüstung des Jüdischen Friedhofs Weißensee unentgeltlich bei der Reparatur der zerstörten Grabsteine geholfen. Dadurch war er ins Visier der Antisemiten geraten: erst gab es Anrufe und Morddrohungen, dann die nächtliche Tat. Der Anschlag auf den Steinmetz alleine ist keine neue Qualität antisemitischer Übergriffe in Berlin, sondern entspringt der Logik der Nazis und beweist erneut die Existenz eines organisierten militanten Antisemitismus.

Ein Aufschrei der Empörung in der Öffentlichkeit bleibt auch hier aus, antisemitische Angriffe sind Teil der „Normalität“ der Berliner Republik. Eine „Normalität“, zu der die Attacken eines Martin Walsers auf das Gedenken an die Opfer deutscher Vernichtungspolitik ebenso gehören wie die Legitimation des ersten Kriegseinsatzes Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg mit Auschwitz. Die antisemitische Gewalt ist das Resultat dieser Befreiung der Deutschen von Auschwitz. Die Täter verstehen sich als die radikalen Vollstrecker des „Volkswillens“. Der „Volkswille“ lehnt mit überwiegender Mehrheit den Bau des Holocaust- Mahnmals ab, rechtsnationalistische und neonazistische Politiker und Parteien machen mit dieser Stimmung Wahlkampf, das Fußvolk schreitet nachts zur Tat.

Die vom BFB veranstalteten Kundgebungen unter dem Motto „Neue Wache statt Holocaust- Mahnmal“ bilden zwar einen aktuellen Ausgangspunkt antisemitischer Mobilisierung – sie vollziehen im kleinen Rahmen aber nur nach was seitens der offiziellen Politik längst vorgegeben wurde. Der etwas andere „Bürgerbund“ von Diepgen, Schröder, Naumann und Konsorten betont in stiller Übereinkunft mit der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung seit Jahren seinen Widerstand zur Errichtung eines Mahnmals zur Erinnerung an die Ermordung der europäischen Juden. Ihre Intention, eine unübersehbare Mahnung an deutsche Verbrechen zu verhindern, unterscheidet sich nur in der Form von der Zerstörung jüdischer Friedhöfe, die an jüdisches Leben erinnern. Der Drang nach „Normalisierung“ deutscher Verhältnisse äußert sich auf der tagespolitischen Ebene im arbeitsteiligen Vorgehen zwischen bürgerlich-parlamentarischer und außerparlamentarischer Volksbewegung. In schweigendem Einvernehmen verfolgen sie ein gemeinsames Projekt. Gerade im unaufhörlich wiederholten Begehren nach „Normalität“ ist die Vergangenheit stets enthalten. Jedes Gerede über die „Normalisierung“ Deutschlands führt zwangsläufig zurück zu den bekannten Stätten des Terrors. Deutsches Selbstbewußtsein bleibt zwanghaft verbunden mit der Mobilisierung antisemitischer Ressentiments.